

In der Finanzkrise sind enorme Destruktivkräfte am Werk. Sie haben den Zusammenbruch mächtiger Bankenimperien bewirkt, haben das Weltfinanzsystem ins Wanken gebracht und einen dramatischen Rückgang der Warenproduktion und des Handels ausgelöst. Mittlerweile gibt es einen breiten Konsens, dass die Aussichten zumindest für die nähere Zukunft düster sind. Millionen Menschen haben bereits die Ersparnisse ihres ganzen Lebens verloren und weitere Millionen dürften in absehbarer Zeit zumindest ihren Job verlieren. Wie groß die Erschütterungen sein werden, die dies in den Gesellschaften einzelner Länder auslöst, wird nicht zuletzt davon abhängen, welche Instrumente die Regierungen auf welcher konzeptionellen Grundlage gegen die Krise entwickeln.

Die Krise zerstört nicht nur Existenzen, auch lieb gewordene politische Glaubensgewissheiten bleiben von ihr nicht verschont. »Das war's, Neoliberalismus!« betitelte kürzlich eine Tageszeitung einen Kommentar von Nobelpreisträger Joseph Stiglitz über den sang- und klanglosen Niedergang des neoliberalen Marktfundamentalismus. Es ist in der Tat erstaunlich, mit welcher Selbstverständlichkeit derzeit Maßnahmen ergriffen werden, die noch vor wenigen Monaten als Etatismus, sozialistische Verblendung oder als Beleg für die Unfähigkeit, die Sachzwänge der globalisierten Welt zu begreifen, gebrandmarkt worden wären. Dem Beispiel des Mutterlandes des Turbo-Kapitalismus folgend, werden derzeit vielerorts Konjunkturprogramme aufgelegt und Banken verstaatlicht (»Sozialismus für die Reichen«), und es wird nicht mehr ausgeschlossen, dass der Staat auch andere in Schieflage geratene Wirtschaftsbereiche übernehmen könnte. Jene Instanz, die noch kürzlich als größte Gefahr für wirtschaftlichen Erfolg galt, wird nun gleichsam zur letzten Bastion zwischen uns und der Katastrophe.

Das neoliberale Ideengebäude war von Anfang an ein politisches Konstrukt, das durch die ökonomische Theorie und historische Erfahrung nur unzureichend gestützt wurde. Was an seine Stelle treten wird, ist unklar. Zwar spricht mittlerweile niemand mehr laut von der Not-

wendigkeit einer weiteren Deregulierung der Finanzmärkte, des Arbeitsmarktes und der Sozialsysteme. Doch zirkulieren derart zahlreiche unterschiedliche Einschätzungen, Prognosen und Empfehlungen, dass sich immer mehr Verunsicherung breitmacht und allenthalben die Konfusion zunimmt. Umso wichtiger sind deshalb Bemühungen, einen Klärungsprozess voranzutreiben, im Gemenge der Positionen die politischen Alternativen herauszuarbeiten und überzeugende Ideen zu einem stärker regulierten sowie energetisch und ökologisch tragfähigen neuen Wirtschaftsmodell zu verdichten. Kriterien dafür findet man beispielsweise bei Karl Polanyi, der die gesellschaftlichen Krisen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts darauf zurückführte, dass die Wirtschaft dem Markt als einzigem Regulierungs- und Steuerungsmechanismus überlassen wurde. Die »fiktiven Waren« Arbeit, Geld und Boden (dieser Begriff steht für die gesamte Natur) müssten, so Polanyi, vor der Kommodifizierung durch den Markt geschützt werden, denn keine Gesellschaft sei in der Lage, die uneingeschränkte Dominanz des Marktprinzips in diesen Bereichen auf Dauer auszuhalten, ohne Schaden zu nehmen.

Dass parallel zu der Arbeit an einem neuen Paradigma kurzfristig auch Notmaßnahmen zur Abwendung akuter Gefahren ergriffen werden müssen, liegt auf der Hand. Doch von dem Wirtschaftsmodell, das sich im Verlauf der Krise herauskristallisieren wird, wird abhängen, ob unsere Welt in den kommenden Jahrzehnten instabil und problem anfällig oder zukunftsfähig und sozial gerecht sein wird.

In der vorliegenden Ausgabe von INTERNATIONALE POLITIK UND GESELLSCHAFT wird die internationale Finanzkrise aus zwei unterschiedlichen Blickwinkeln thematisiert. Eric Helleiner sichtet die Konzepte und Vorschläge, die in der politischen Diskussion über die zur Krisenbekämpfung notwendigen Maßnahmen eine Rolle spielen. Er unterscheidet sechs Ansätze; das Spektrum reicht von der vorsichtigen Verstärkung der aktuell existierenden Regulierungen bis zur Einschränkung des grenzüberschreitenden Kapitalverkehrs. Der Beitrag von Jacques Sapir ist gleichzeitig heterodoxe Analyse und Plädoyer: Wir erleben gegenwärtig das Ende einer spezifischen Variante des Kapitalismus sowie den Zusammenbruch der Nachkriegs-Weltfinanzordnung. Auf der Tagesordnung stehe deshalb nicht weniger als die grundlegende Neugestaltung des internationalen Wirtschafts- und Finanzsystems. Als Leitlinie für den System-Umbau gelte es, die Ideen von John Maynard Keynes aus den 1940er Jahren nutzbar zu machen und sich auf den schwierigen Weg zu einem »neuen Bretton-Woods« zu begeben.

In einem weiteren Schwerpunkt werden Erfahrungen mit der Doktrin der Schutzverantwortung (auch im deutschen Sprachraum besser bekannt als »responsibility to protect« oder kurz: R2P) in Afrika analysiert. Damien Helly, Lauren Ploch, Stephen Marks und Tim Murithi setzen sich mit der konzeptionellen Entwicklung von R2P sowie den Ansätzen zu ihrer Implementierung auseinander. Es ist aufschlussreich, einen genauen Blick auf die regionalen und internationalen multilateralen Bemühungen zur Beendigung von Massakern und Völkermord in den Konfliktregionen und »failing states« Afrikas zu werfen, denn die Verrechtlichung und Institutionalisierung einer grenzüberschreitenden Verantwortung hat durchaus Fortschritte gemacht. Doch zeigt sich einmal mehr, wie schwierig es ist, ein Minimum Sicherheit wiederherzustellen, wenn das staatliche Gewaltmonopol sich als nicht durchsetzbar erweist und das Verüben von Gräueltaten zur Alltagspraxis geworden ist.

Komplementär zu den Schwerpunktthemen analysiert Rik Coolsaet die Herausforderungen, denen sich die europäische Sozialdemokratie gegenüber sieht. Sie brauche ein neues soziales und politisches Projekt, das sozialstaatliche Absicherung der Bürger gegenüber Lebensrisiken mit einem neuen Konzept von Fortschritt kombiniere. Letzteres sei aber nur glaubwürdig, wenn es auch eine Antwort auf die Gefahren des Klimawandels beinhalte. Ebenfalls um Parteien geht es in dem Beitrag von Luke March, der die Entwicklung radikaler und extremer Linksparteien zu einem konsolidierten politischen Akteur in Europa nachzeichnet und zeigt, welche Folgen dies für die sozialdemokratischen Parteien hat. Fjodor Lukjanov, der Chefredakteur der Zeitschrift *Russia in Global Affairs*, macht in seinem Kommentar deutlich, dass der Westen und Russland internationale Entwicklungen so unterschiedlich wahrnehmen, dass die daraus entstehenden Konflikte dringend einer kooperativen Bearbeitung bedürfen.